

Mutterschaftsgeld

1. Das Wichtigste in Kürze

Mutterschaftsgeld erhalten krankenversicherte Mütter in einem Angestelltenverhältnis, angestellte Privatversicherte und Arbeitslosengeld-I-Empfängerinnen während der Zeit des Mutterschutzes (in der Regel 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt). Keinen Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben Selbstständige und Familienversicherte. Mutterschaftsgeld muss in jedem Fall beantragt werden.

2. Voraussetzungen

Anspruch auf Mutterschaftsgeld von der Krankenkasse hat nur die **leibliche** Mutter unter folgenden **Voraussetzungen** :

- **Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung** spätestens 6 Wochen vor der Entbindung (= Beginn der Schutzfrist nach § 3 Abs. 1 Mutterschutz-Gesetz).
[Familienversicherte](#) haben nur Anspruch, wenn sie eine geringfügige Beschäftigung haben (siehe unten).
- Bei Arbeitsunfähigkeit und bestehendem **Anspruch auf Krankengeld**.
- Während der 14-wöchigen Mutterschutzfrist (§ 3 Abs. 1, 2 MuSchG. Näheres siehe unter "Dauer") wird kein reguläres Arbeitsentgelt gezahlt
- Bestehendes Arbeitsverhältnis oder Beschäftigung in Heimarbeit oder **zulässige** Auflösung des Arbeitsverhältnisses während der Schwangerschaft
oder
ein bestehendes Arbeitsverhältnis bis unmittelbar vor Beginn der Schutzfrist, wenn sie am letzten Tag des Arbeitsverhältnisses Mitglied einer Krankenkasse war
oder
Erhalt von [Arbeitslosengeld](#) , auch wenn die Überweisung des Arbeitslosengelds zu Beginn der Schutzfrist wegen einer Beschäftigung, eines bezahlten Urlaubs oder einer Sperrzeit ruht.

2.1. Zulässige Auflösung des Arbeitsverhältnisses

Als **zulässige Auflösung** gelten z.B.:

- Der Arbeitgeber wusste bei Ausspruch der Kündigung nichts von der Schwangerschaft und die Arbeitnehmerin hat ihn nicht innerhalb von 2 Wochen nach der Kündigung über die Schwangerschaft informiert.
- Kündigung vor Eintritt der Schwangerschaft und Ablauf der Kündigungsfrist während der Schwangerschaft.
- Beendigung von befristetem Arbeitsverhältnis.
- Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch die Schwangere oder einvernehmlich.

2.2. Antrag

Das Mutterschaftsgeld müssen gesetzlich Versicherte bei der Krankenkasse beantragen. Die Schwangere muss ein ärztliches Attest über den voraussichtlichen Termin mitschicken (§ 24 i Abs. 3 SGB V).

3. Höhe

Das Mutterschaftsgeld orientiert sich am Bemessungszeitraum der letzten 3 abgerechneten Kalendermonate vor Beginn der Schutzfrist (= 6 Wochen vor Entbindung). Bei wöchentlicher Lohnabrechnung orientiert es sich an den letzten 13 abgerechneten Wochen. Es entspricht dem **durchschnittlichen kalendertäglichen Nettoarbeitsentgelt** , beträgt jedoch **höchstens 13 € täglich** .

Die Differenz zwischen der Höchstsumme von 13 € und dem Nettoarbeitsentgelt zahlen

- der Arbeitgeber bei gesetzlich Versicherten oder
- das [Bundesversicherungsamt](#) bei privat Versicherten und Beamtinnen

als **Zuschuss zum Mutterschaftsgeld** (§ 20 MuSchG).

Bei Bezug von **Arbeitslosengeld I oder Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung** entspricht das Mutterschaftsgeld der Höhe der jeweiligen Zahlung.

Endet ein befristetes Arbeitsverhältnis in der Mutterschutzfrist, erhält die (werdende) Mutter bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses Mutterschaftsgeld sowie Arbeitgeberzuschuss. Nach Beendigung erhält sie Mutterschaftsgeld in Höhe des Krankengelds von der Krankenkasse bis zum Ablauf der Mutterschutzfrist.

3.1. Geringfügig beschäftigte familienversicherte Frauen

Geringfügig beschäftigte Frauen, die familienversichert sind, erhalten auf Antrag ein einmaliges Mutterschaftsgeld in Höhe von maximal 210 € vom Bundesversicherungsamt (siehe unten). Auch in diesem Fall zahlt der Arbeitgeber die Differenz zwischen 13 € und dem durchschnittlichen kalendertäglichen Nettogehalt.

3.2. Steuerfrei

Mutterschaftsgeld ist **steuerfrei**. Allerdings ist es bei der Steuererklärung anzugeben, da es bei der Berechnung des Steuersatzes berücksichtigt wird. Es unterliegt dem sog. Progressionsvorbehalt.

3.3. Sozialversicherung beitragsfrei

Während des Bezugs von Mutterschaftsgeld besteht Beitragsfreiheit in der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, sofern bereits vorher Versicherungspflicht bestand und keine beitragspflichtigen Einnahmen erzielt werden.

3.4. Einkommen

Der Anspruch auf Mutterschaftsgeld **ruht**, wenn die (werdende) Mutter tatsächlich beitragspflichtiges, nicht bloß einmaliges Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen erhält.

3.5. Arbeitslosengeld II

Bei Bezug von Arbeitslosengeld II besteht kein Anspruch auf Mutterschaftsgeld. Die Zahlung von ALG II läuft aber in gewohnter Höhe weiter, damit keine Benachteiligung entsteht.

Anspruch auf Mutterschaftsgeld haben aber Frauen, die Arbeitslosengeld I oder Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung beziehen.

4. Dauer

Mutterschaftsgeld wird 14 Wochen, bei Mehrlings- und Frühgeburten 18 Wochen gezahlt:

- 6 Wochen vor dem mutmaßlichen Geburtstermin, den Arzt oder Hebamme im Mutterpass angeben.
 - Tritt die Entbindung später als angegeben ein, verlängert sich die Bezugsdauer bis zum Tag der Entbindung.
 - Tritt die Entbindung früher als angegeben ein, werden die nicht verbrauchten Tage an die Schutzfrist nach der Geburt angehängt, d.h. die Bezugsdauer von insgesamt 14 Wochen Mutterschaftsgeld bleibt bestehen.
- bis 8 Wochen nach der tatsächlichen Entbindung sowie für den Entbindungstag.
- **bei Mehrlingsgeburten** : bis 12 Wochen nach der Entbindung.
- **bei Frühgeburten** , d.h. bei Geburtsgewicht unter 2.500 Gramm: bis 12 Wochen nach der Entbindung oder länger (Verlängerung um den Teil der 6 Wochen Schutzfrist, der vor der Entbindung von der Schwangeren nicht in Anspruch genommen werden konnte).
- **bei Kindern mit Behinderungen** : bis 12 Wochen nach der Entbindung. (Wichtig: Die Behinderung muss ärztlich festgestellt und die Schutzfrist-Verlängerung innerhalb von 8 Wochen nach der Geburt bei der Krankenkasse beantragt werden.)

5. Privatversicherte

Privatversicherte Arbeitnehmerinnen beantragen das Mutterschaftsgeld beim Bundesversicherungsamt (siehe unten).

Die Höhe richtet sich nach dem Arbeitsentgelt und beträgt einmalig maximal 210 €. Auch sie bekommen vom Arbeitgeber während der Mutterschutzfrist einen Zuschuss. Dieser entspricht der Differenz zwischen 13 € täglich und dem durchschnittlichen Nettogehalt. Der Zuschuss des Arbeitgebers wird berechnet wie bei Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkasse (siehe unter "Höhe").

Privatversicherte **Selbstständige** bekommen kein Mutterschaftsgeld vom Bundesversicherungsamt.

6. Mutterschaftsgeld während der Elternzeit

Bekommt eine Frau während der [Elternzeit](#) ein weiteres Kind, erhält sie von der Krankenkasse Mutterschaftsgeld in Höhe von 13 € täglich. Der Arbeitgeber bzw. das Bundesversicherungsamt müssen keinen Zuschuss zum Mutterschaftsgeld zahlen, es sei denn, die Frau übt eine zulässige Teilzeitarbeit aus.

7. Beamtinnen

Für Beamtinnen gelten weder der Mutterschutz im SGB V noch das Mutterschutzgesetz, sondern die besonderen beamtenrechtlichen Regelungen. Deshalb erhält eine im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehende Beamtin **kein** Mutterschaftsgeld der gesetzlichen Krankenversicherung, es sei denn, sie hat noch während der Schutzfristen in ein Arbeitsverhältnis gewechselt oder übt eine Nebentätigkeit aus.

8. Wer hilft weiter?

- [Krankenkassen](#)
- Bundesversicherungsamt, Friedrich-Ebert-Allee 38, 53113 Bonn, Telefon 0228 619-1888, Mo-Fr 9-12 Uhr und Do 13-15 Uhr, Formulare und Merkblatt zum Download unter www.bundesversicherungsamt.de/mutterschaftsgeld.html.

9. Verwandte Links

[Mutterschutz](#)

[Elterngeld](#)

[Elternzeit](#)

[Krankenkasse](#)

[Bundesversicherungsamt](#)

Gesetzesquellen: § 24 i SGB V, MuSchG